

ANSPRECHPARTNER



Daniel Karrais

Bildungspolitischer Sprecher

daniel.karrais@fdp.landtag-bw.de
+49 711 2063-9340



Johanna Hasting

Parlamentarischer Berater

johanna.hasting@fdp.landtag-bw.de
+49 711 2063-9131

AG DIGITALISIERUNG

Die Digitalisierung verändert und modernisiert unsere Gesellschaft. Grundlage ist eine moderne, digitale Infrastruktur. Für uns bedeutet Digitalisierungspolitik aber nicht nur Glasfaserausbau. Wir denken Digitalisierung bei allen Politikbereichen mit – von Telemedizin, über die digitale Steuererklärung, die E-Akte, auf KI basierender Forschung, Internet of Things bis hin zu Cybersicherheit, digital unterstützter Landwirtschaft, digital vernetzter Städte und einem modernen Unterricht an Schulen und Hochschulen. Baden-Württemberg muss vom analogen Entwicklungsland zum digitalen Vorreiter werden.

Digitale Infrastruktur

Dreh- und Angelpunkt für eine funktionierende Digitalisierung ist die Infrastruktur. Es gibt in Baden-Württemberg jedoch noch großen Handlungsbedarf beim Glasfaserausbau. Die Anbindungsquote bis in die Gebäude (FTTB) liegt deutlich hinter dem Bundesschnitt. Wir setzen uns daher neben besseren Rahmenbedingungen für Vouchermodelle ein, um die Nachfrage nach Glasfaser-Hausanschlüssen anzukurbeln. Auch im Mobilfunk müssen die Vielzahl an Funklöchern endlich geschlossen werden.

Verwaltungsdigitalisierung

Digitalisierung ist kein Selbstzweck, sondern Basis für Wertschöpfung und Wohlstand und Teil des heutigen Lebens. Behördengänge müssen digital, datensicher, datenschutzkonform und medienbruchfrei von zuhause aus erledigt werden können. Wir brauchen in der öffentlichen Verwaltung das Once-Only-Prinzip für bereits erhobene Daten, weni-

ger Bürokratie und mehr Unterstützung der Kommunen bei der Digitalisierung von Verwaltungsdienstleistungen.

Open Data

Baden-Württemberg befindet sich bei der Bereitstellung von Open Data weit hinter anderen Bundesländern. Viele Länder haben erkannt, dass die Bereitstellung offener Daten eine hohe Bedeutung für Gesellschaft und Wirtschaft hat. Unser erster Gesetzentwurf, den wir in dieser Legislaturperiode eingebracht haben, war daher ein Open-Data-Gesetz. Damit wollten wir die Landesbehörden dazu verpflichten, die bei ihnen vorrätigen Datensammlungen, frei und datenschutzkonform zur Verfügung zu stellen.

Davon erfasst sind etwa Geo-, Verkehrs-, Infrastruktur- und Wetterdaten, deren Verfügbarkeit von der Parkplatz-App bis zum effektiven Frühwarnsystem im Katastrophenfall, großes Wertschöpfungspotenzial bieten. Die Regierungsfractionen haben diesen Gesetzentwurf abgelehnt und seither keinen eigenen Vorschlag eingebracht. Bei einer Open Data-Pflicht würde offensichtlich werden, wie es um die Digitalisierung der Verwaltung steht: Unbefriedigend. Wir werden alles dafür tun, das zu ändern!

DIE WICHTIGSTEN ANTRÄGE

- » [17/2417](#) - Umsetzung der Gigabitstrategie in Baden-Württemberg
- » [17/1590](#) - Ausbau des Mobilfunks und Schließung der Funklöcher in Baden-Württemberg
- » [17/2159](#) - Breitbandausbau am Beispiel des Rhein-Neckar-Kreises
- » [17/3177](#) - Nutzung des „Breitband-Portals“ in Baden-Württemberg
- » [17/3171](#) - Verlegung von Telekommunikationsleitungen (Glasfaser) im Forst BW
- » [17/3231](#) - Digitale Meldebescheinigung und Online-Zugangsgesetz (OZG)-Umsetzung in BW
- » [17/3380](#) - Verbraucherschutz bei „Gigabit-Anschlüssen“
- » [17/3471](#) - Bereitstellung von offenen Daten durch die Landesregierung

Arbeitsgemeinschaft:
Digitalisierung

Ansprechpartner:
Daniel Karrais

IM FOKUS

BREITBAND AUSBAU: MEHR EIGENWIRTSCHAFTLICH STATT MIT STEUERGELDERN!

Baden-Württemberg ist Spitzenreiter bei der Fördermittelbeantragung, aber Schlusslicht bei der echten Glasfaserabdeckung. Wir wollen diesen Widerspruch auflösen, Steuermittel sinnvoll einsetzen und wirklich schnelles Internet flächendeckend verfügbar machen.

Ein Drittel der Bundesfördermittel für den Breitbandausbau, also 1 Mrd. Euro, flossen 2022 nach Baden-Württemberg. Aber: Mehr Fördermittel führen nicht unbedingt zu mehr Glasfaser, denn der geförderte Ausbau dauert bis zu drei Mal länger als der eigenwirtschaftliche Ausbau. Bundesweit liegt Baden-Württemberg auf dem vorletzten Platz bei der echten Glasfaserabdeckung von Haushalten. Sogar Bayern mit einer ähnlichen Topografie liegt weit vor uns.

87% aller Gigabitinfrastrukturen werden ohne staatliche Förderung durch private Telekommunikationsunternehmen ausgebaut. Um diese Art des Ausbaus zu fördern müssen Genehmigungsverfahren digitalisiert und beschleunigt, alternative Verlegemethoden gestärkt und strengere Kriterien bei der öffentlichen Förderung geschaffen werden. Steuergelder sollten nur da eingesetzt wer-

den, wo Marktakteure ohne staatliche Unterstützung nicht investieren würden. Darauf wird auch die künftige Bundesförderung ausgerichtet sein und das ist gut so.

Das Bundeskabinett hat Mitte Juli die Gigabitstrategie mit dem Ziel verabschiedet, bis 2030 alle Menschen überall dort mit Glasfaser zu versorgen, wo sie leben, arbeiten und unterwegs sind. Das geht nicht, ohne dass die Länder ihre Hausaufgaben machen. Die Landesregierung sollte endlich – wie in anderen Bundesländern auch – mit der Branche und den Kommunen einen Digitalpakt schließen, um so zu einer Verständigung und Arbeitsteilung zu kommen, um dem Breitbandausbau im Land den notwendigen Booster zu verpassen und wirklich schnelles Internet flächendeckend verfügbar zu machen.

Hier geht's zurück zur Übersicht!

Alle Rechte vorbehalten. Die Rechte für die Verwendung der Abbildungen und Textbeiträge liegen bei der FDP/DVP-Fraktion. Diese Veröffentlichung gilt ausschließlich der Information. Sie darf während des Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.